

Dietsch, Ulrich

Article — Digitized Version

25 Jahre DDR-Wirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Dietsch, Ulrich (1974) : 25 Jahre DDR-Wirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 10, pp. 516-520

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134740>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

25 Jahre DDR-Wirtschaft

Ulrich Dietsch, Hamburg

Am 7. Oktober jährte sich zum 25. Mal der Tag, an dem von der provisorischen Volkskammer der DDR der „erste deutsche Arbeiter- und Bauernstaat“ ausgerufen wurde. Dieses Datum gibt Anlaß, einen Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung der DDR, ihre Erfolge und Probleme zu werfen.

Die DDR startete von einer denkbar ungünstigen Position aus. Die durch Kriegszerstörungen, Demontagen und Reparationen eingebüßten Sachkapazitäten vor allem des Fahrzeug-, Maschinen- und Apparatebaus, der eisenschaffenden und der feinmechanischen Industrie mußten wieder aufgebaut werden. Ein großes Problem stellten auch die durch die Teilung Deutschlands verursachten Disproportionen im Wirtschaftsgefüge der DDR dar. Im finanziellen Bereich sorgte die kurz nach der Durchführung der westdeutschen Währungsreform im Jahre 1948 in Angriff genommene Währungsreform in der damaligen Sowjetzone für weitere Umstellungsfriktionen. Das Fehlen von Aufbaukrediten, wie sie der Bundesrepublik in Form der ERP-Kredite zur Verfügung standen, erschwerte den Wiederaufbau ebenso wie die erst 1954 eingestellten Reparationszahlungen an die Sowjetunion. Von wachstumspolitischer Bedeutung war – zumindest bis zum Mauerbau 1961 – die Abwanderung von Bewohnern der DDR. Zwischen 1950 und 1961 verließen jährlich zwischen 144 000 (1959) und 330 000 (1953) Personen das Land; davon waren ca. 60% Erwerbstätige.

Gemessen an dieser Ausgangssituation erscheint das inzwischen Erreichte – von der DDR Ende der 60er Jahre selbst als Wirtschaftswunder bezeichnet – beachtlich. Zumindest lassen die seit Ende der 60er Jahre realisierten Wachstumsraten

wichtiger volkswirtschaftlicher Kennziffern auf eine erfolgreiche Entwicklung schließen.

Das produzierte Nationaleinkommen¹⁾ konnte von 1950 bis 1973 auf 466% (1950 = 100, in vergleichbaren Preisen) und von 1960 bis 1973 auf 178% (1960 = 100) gesteigert werden. Im letztgenannten Zeitraum entspricht diese Steigerung einem jahresdurchschnittlichen realen Wachstum von 4,6%. In den jüngst erschienenen „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation“²⁾ wird die Wachstumsentwicklung der DDR mit derjenigen der Bundesrepublik vergleichbar gemacht. Danach wuchs das „produzierte Nationaleinkommen“ der Bundesrepublik im Zeitraum von 1960 bis 1972 mit 4,2% langsamer als das der DDR. Und noch eines dürfen sich Werktätige und Wirtschaftsführung der DDR zugute halten: Seit der wirtschaftlichen Stagnation zu Beginn der 60er Jahre ist es – ganz im Sinne der Politik der planmäßigen und kontinuierlichen Entwicklung der Volkswirtschaft – gelungen, das Wachstum zu verstetigen.

Auch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität – eine Größe, an der sich die DDR aus ideologischen Gründen nach wie vor stark orientiert – verlief günstig: Von 1970 bis 1971 konnte im Jahresdurchschnitt ein Zuwachs von 4,4% (Bundesrepublik 4,6%) erzielt werden³⁾; von 1963 bis

Ulrich Dietsch, 28, Dipl.-Volkswirt, ist Referent in der Abteilung Wirtschaftsordnung und Wirtschaftssysteme des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg. Er beschäftigt sich mit der Wirtschaftsentwicklung und dem Wirtschaftssystem der DDR.

¹⁾ Das produzierte Nationaleinkommen (NEP) ist noch am ehesten mit dem Volkseinkommen der westlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu vergleichen. Das NEP enthält jedoch lediglich die als produktiv angesehenen Dienstleistungen wie Leistungen von Handel und Verkehr, Wäschereien, Gaststätten, Verlagen und Ingenieurbüros; nicht enthalten sind die Leistungen der Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Wohnungswirtschaft, des Hotelgewerbes, Gesundheitswesens, des Staates (inklusive Sozialversicherung), von Wissenschaft, Bildung und Kunst.

²⁾ Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974, Bundestagsdrucksache 7/2423, S. 355, zitiert als Materialien.

³⁾ Vgl. Materialien 1974, S. 366, hier verwendet: Nettoprodukt je Beschäftigten.

1971 waren es sogar 4,8%. Innerhalb der einzelnen Wirtschaftssektoren ist eine überraschende Entwicklung zu beobachten. Nicht die aufgrund ihres hohen Produktionsanteils wachstumstragende Industrie, sondern die Bauwirtschaft erzielte in den letzten Jahren die höchsten Zuwachsraten (vgl. Tab. 1 und 2).

Tabelle 1
Wirtschaftsstruktur der DDR

(Anteile am produzierten Nationaleinkommen in %)

	1960	1972
Industrie (mit Bergbau, Energie)	56,4	61,1
Bauwirtschaft	7,0	8,2
Landwirtschaft (mit Forstwirtschaft und Fischerei)	16,4	11,1
Handel (ohne Außenhandel)	13,0	12,8
Verkehr (mit Post und Fernmeldewesen)	5,5	5,3
Sonstige	1,6	1,5

Tabelle 2
Wachstum der Sektoren

(Nationaleinkommensbeiträge, jährlicher realer Zuwachs in %)

	1972/60	1972/65
Industrie	5,3	5,5
Bauwirtschaft	5,9	6,9
Landwirtschaft	1,2	2,5
Handel	4,4	4,5
Verkehr	4,3	4,4
Sonstige	4,0	4,2

Quellen: Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974, S. 353, 355.

Die Ergebnisse in der Bauwirtschaft sind vor allem auf den Nachholbedarf im Bereich des Tiefbaus und des Wohnungsbaus zurückzuführen, die beide über mehrere Jahre hinweg vernachlässigt worden waren.

Geringere Wachstumsraten bei nahezu konstantem Sozialproduktanteil verzeichneten Handel und Verkehr. Der Handel als Bindeglied zwischen Bedarf und Produktion hat erst seit dem VIII. Parteitag der SED, auf dem eine stärkere Betonung des Konsumgüterbereichs beschlossen wurde, eine gezielte Förderung erfahren. Das Verkehrswesen, jahrelang neuralgischer Punkt des Wirtschaftsgeschehens in der DDR, gilt auch heute noch als unterentwickelt (Straßennetz, Kfz-Motorisierung) bzw. störanfällig (Güterschienenverkehr). Schlußlicht des Wachstums bildet die Landwirtschaft. Dies ist erstaunlich, weil schon seit Kriegsende die Umstrukturierung der Landwirtschaft mit dem Ziel einer „industriemäßigen Großproduktion“ betrieben wird. Auch außerordentlich hohe Investitionen – sie stiegen mit 27% (1960 bis 1972) nahezu so schnell wie die der Industrie (29%) – und eine äußerst günstige Bodennutzungsfläche⁴⁾ konnten an den wenig befriedigenden Ergebnissen etwas ändern.

Die alles in allem guten Produktionsergebnisse der DDR-Wirtschaft beruhen im wesentlichen auf der Zunahme der Investitionen, die zu einem schnellen Anwachsen des Anlagevermögens (Grundmittel) führten.

Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen von 1960 bis 1972 jährlich um 6,4%, in der Bundesrepublik um 5,2%, und die Investitionsquote (Bruttoanlageinvestitionen: Nationalprodukt) lag 1970 bei 30,2% und 1972 bei 28,5% (Bundesrepublik 28,8 bzw. 29,1%)⁵⁾. Bei der Investitionsstruktur fällt der niedrige, für eine Industrienation als untypisch anzusehende Anteil der Investitionen im Dienstleistungsbereich auf (1971: 17,8% aller Investitionen). Die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit liegen gegenwärtig im Energie- und Verkehrsbereich, im Bereich der Chemie und des Maschinen- und Fahrzeugbaus.

Wenn auch das Wachstum der Investitionen – abgesehen zu Beginn der 60er und der 70er Jahre – als befriedigend angesehen werden kann, so gilt dies – selbst nach Ansicht der Wirtschaftsführung der DDR – nicht für ihre Effizienz. Kritisiert werden die unzureichende Anpassungsfähigkeit der Investitionstätigkeit an wechselnde Bedarfsstrukturen, mangelnde Investitionsvorbereitung und -durchführung (z. B. Verspätungen, unvorhergesehene Materialengpässe) und die vornehmlich durch die Ausgestaltung des Wirtschaftssystems bedingte Unterschätzung des Produktionsfaktors Kapital als Knappheitsfaktor⁶⁾.

Stärkere Konsumorientierung

Die hohen und oftmals ineffizient genutzten Investitionen haben besonders in den 50er Jahren während der Aufbauphase, aber auch bis Ende der 60er Jahre wenig Raum für eine spürbare Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung gelassen. Erst seit der in allen RGW-Ländern verstärkt einsetzenden „Konsumorientierung“ Anfang der 70er Jahre sind tendenzielle Änderungen zu beobachten. So erhöhten sich die Nettogeldeinnahmen (Bruttogeldeinnahmen minus Sozialversicherung minus direkte Steuern) der DDR-Bevölkerung von 1960 bis 1969 lediglich um 29%. Allein im Zeitraum 1970 bis 1973 konnten jedoch die Einnahmen um rund 16% gesteigert werden. Allerdings zeigt das Halbjahresergebnis von 1974 einen unterplanmäßigen Anstieg der Einnahmen von 4,2% (Plan: 4,5%) an. Diese Entwicklung wird die DDR-Bevölkerung aber dem anvisierten Einholen oder gar Überholen der Bundesrepublik

4) 93% der Fläche werden von LPG bearbeitet. Deren Durchschnittsgröße liegt bei 660 ha! Vgl.: Statistisches Jahrbuch der DDR 1973, S. 188, 190.

5) Vgl. Materialien 1974, S. 361.

6) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: DDR-Wirtschaft, Berlin 1971, S. 169 f.

kaum näherbringen: Lag das durchschnittliche Arbeitnehmerinkommen der DDR 1969 um rund 29 % unter dem der Bundesrepublik, so waren es 1971 schon 37 %. Für die Jahre 1972 und 1973 dürfte sich diese Tendenz fortgesetzt haben. Auch bei den Rentenzahlungen – einer weiteren wichtigen Einkommensart – liegt die DDR trotz zahlreicher Rentenanhebungen seit 1971 weit hinter der Bundesrepublik zurück: Die durchschnittliche Altersrente eines westlichen Rentners beträgt 445 DM (1970), die eines östlichen 190 Mark; diese Relation hat sich auch 1972 nicht zugunsten der DDR verschoben⁷⁾.

Für die Kennzeichnung des Lebensstandards in der DDR hat nicht nur die Verwendung des Erwerbseinkommens Bedeutung, sondern auch die ständig steigenden öffentlichen Leistungen für die Bevölkerung. Während sich nämlich das im Inland verwendete Nationaleinkommen von 1960 bis 1973 um 76 % erhöhte, stieg der individuelle Konsum nur um 62 %, der sogenannte gesellschaftliche Konsum (u. a. Ausgaben für kulturelle und soziale Betreuung, Wissenschaft und Forschung, Verwaltung, Parteien) aber um 120 %: ein Zeichen für die Prioritätensetzung der Partei- und Staatsführung, die vor allem aus ideologischen Gründen bestrebt ist, den Anteil des gesellschaftlichen Konsums zu erhöhen.

Der Einzelhandelsumsatz als wichtigster Indikator des privaten Verbrauchs wurde im gleichen Zeitraum lediglich um 66 % angehoben. Dennoch ist auch bei der Verbrauchsstruktur der DDR ein für Industrieländer charakteristischer Wandel feststellbar: Einer Erhöhung des Einzelhandelsumsatzes um 38 % (1965–72) standen ein unterdurchschnittlicher Verkaufszuwachs von Nahrungsmitteln (28 %) und ein stärker erhöhter Genußmittelumsatz gegenüber.

Als Erfolg ist schließlich zu verbuchen, daß die öffentlichen „unentgeltlichen Leistungen“, die zunehmend einen größeren Teil des Gesamtverbrauchs einnehmen (1972: 25 %), seit 1960 kontinuierlich ausgebaut wurden und auf einigen Gebieten (Gesundheitswesen, Erziehungs- und Bildungsbereich) der Entwicklung in der Bundesrepublik vorausseilen.

Wenn sich die Versorgung der Bevölkerung in letzter Zeit auch spürbar verbesserte, so ist eine Erscheinung doch geblieben: Nach wie vor ist es den Planern nicht gelungen, die Versorgung der Bevölkerung auch bedarfsgerecht zu gestalten; denn auch nach 25 Jahren DDR-Wirtschaft entspricht das Waren- und Dienstleistungsangebot in quantitativer und auch qualitativer Hinsicht noch nicht immer den Käuferwünschen. Insbeson-

dere werden Klagen über zu lange Wartezeiten laut, und die regionale Verteilung von Nahrungsmitteln gelingt nicht immer reibungslos⁸⁾.

Lockerungen im Planungs- und Leitungssystem

Von solchen und anderen Hemmnissen und Fehlläufen war die DDR-Wirtschaft in den 25 Jahren ihres Bestehens nie ganz frei. Schon in den 50er Jahren wurden deshalb zahlreiche Umorganisationen des Wirtschaftsapparates vorgenommen⁹⁾. Als der bedeutendste Einschnitt in der Entwicklung des Wirtschaftssystems muß jedoch die Einführung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ im Jahre 1963 angesehen werden. Als Ursache für die Reform sind das den Erfordernissen der Ende der 50er Jahre einsetzenden intensiven Wachstumsphase nicht mehr genügende Planungs- und Leitungssystem und die akuten wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu Beginn der 60er Jahre anzusehen. Auftrieb für die Reformen gaben auch die von Liberman im Jahre 1962 in Gang gesetzten Diskussionen über Änderungen des sowjetischen Wirtschaftssystems.

Die auf dem VI. SED-Parteitag 1963 beschlossenen Reformmaßnahmen sahen bei Aufrechterhaltung staatlicher Planung und Kontrolle eine „Ökonomisierung der Wirtschaft“ durch optimale Verbindung staatlicher Planung mit einer indirekten Steuerung der Betriebe vor. Dabei sollte die Mengenplanung (Tonnenideologie) weitgehend durch monetäre Lenkungsinstrumente – sogenannte ökonomische Hebel – wie z. B. Gewinn- und Rentabilitätskennziffern, Preise, Kredite, Zinsen und Steuern sowie die auf eine bessere Kapitalverwertung hinzielende Produktionsfondsabgabe ersetzt und auf diese Weise die materielle Interessiertheit der Betriebe stimuliert und ihr Bewegungsspielraum vergrößert werden.

Auf dem VII. SED-Parteitag 1967 wurde mit dem „Ökonomischen System des Sozialismus“ die zweite Phase der Reformen eingeleitet. Deren zentrales Anliegen war die Planung sogenannter strukturbestimmender Erzeugnisse zwecks Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten. Die Konzentration auf bestimmte Produkte (elektronische Geräte, Kunststoffe, synthetische Fasern, Erzeugnisse der Veredelungsmetallurgie) führte jedoch gerade in den Jahren 1969 und 1970, die eine gewisse Bewährungsprobe der Reformen darstellen sollten, zu strukturellen Disproportionen und damit zu Wachstumseinbußen der vor- und nebengelager-

⁸⁾ Vgl. z. B. Planerfüllungsbericht der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, 1. Halbjahr 1974, in: Neues Deutschland vom 19. 7. 1974, S. 3 f.

⁹⁾ Vgl. z. B. Hannsjörg Buck: Technik der Wirtschaftslenkung in kommunistischen Staaten, Bd. 1, Coburg 1969, S. 342 ff.

⁷⁾ Vgl. Materialien 1974, S. 455.

ten Wirtschaftsbereiche wie Zulieferer, Verkehr, Energie und Bauwirtschaft.

Dieses Abweichen vom eingeschlagenen Wachstumspfad dürfte neben Störungen im Investitionssektor ein wichtiger Grund dafür gewesen sein, daß die Wirtschaftsführung sukzessive Maßnahmen einleitete, die auf eine Rezentralisierung des Wirtschaftssystems hinauslaufen. Der Entscheidungsspielraum der unteren und mittleren Wirtschaftsorgane wurde wieder eingeschränkt, gleichzeitig die Autorität staatlicher Lenkung durch die höhere Zahl betrieblicher, vor allem materieller Kennziffern bzw. die Modifizierung indirekter Steuerungsmittel erhöht. Die Investitionstätigkeit z. B. — in den Jahren 1969 und 1970 weitgehend von den Betrieben selber bestimmt — wurde ab 1971 wieder mittels staatlicher Planaufgaben wie vor 1963 verbindlich vorgeschrieben.

Rezentralisierungserscheinungen

Ein Zeichen zunehmender Rezentralisierung ist auch, daß seit Verabschiedung des gegenwärtig geltenden Fünfjahrplans 1971–1975 nur noch selten von ökonomischen Hebeln und gar nicht mehr vom „Ökonomischen System des Sozialismus“ die Rede ist. Vielmehr tauchen die Begriffe

„Verstärkung und Qualifizierung der Leitung und Planung“, „Straffung der staatlichen Ordnung“ und „Primat der zentralen Leitung und Planung“ wieder häufiger auf. Diese werden besonders im Zusammenhang mit der Sozialistischen Ökonomischen Integration (SÖI) im RGW, deren eifriger Befürworter die Partei- und Staatsführung der DDR ist, genannt. Für die weitere Entwicklung des Planungs-, Leitungs- und Stimulierungssystems, über dessen endgültige Ausprägung wohl frühestens der für das Jahr 1975 anvisierte IX. SED-Parteitag Auskunft geben kann, wird man sogar davon ausgehen dürfen, daß die Erfordernisse der Integration im RGW ein systembestimmender Faktor sein werden. So wird in der gegenwärtig noch anhaltenden Systemdiskussion gefordert, Leitung, Planung und ökonomische Stimulierung „integrationsfreundlicher“ zu gestalten. Um dieses zu erreichen, wird es zwecks besserer Steuerungsmöglichkeit als notwendig angesehen, die Autorität zentraler Instanzen zu stärken, wobei allerdings auch die „sachkundige Mitwirkung“ unterer und mittlerer Entscheidungsebenen vorgesehen ist¹⁰⁾.

¹⁰⁾ Siehe dazu v. a. G. Fröhlich, K. Kossler: Leitung, Planung und ökonomische Stimulierung „integrationsfreundlicher“ gestalten, in: Die Wirtschaft, 29. Jg. (1974), Nr. 17, S. 6.



Vertrauen verpflichtet

Wir wissen, daß unsere Kunden ihr Vertrauen in uns setzen. Vertrauen in die Qualität der MOBIL-Erzeugnisse. Vertrauen in die Leistungsfähigkeit eines Weltunternehmens, dessen Teil wir sind.

Wir wissen, daß man von MOBIL immer etwas mehr erwartet. Ein Mehr an Beratung, an Service, an fortschrittlichem Denken.

Wir wollen, daß das so bleibt; daß Sie mit MOBIL morgen ebenso zufrieden sind wie gestern oder vorgestern.

Wir arbeiten dafür. In unseren Raffinerien, in unseren Forschungslaboratorien, in unserer ganzen Organisation. Tag für Tag. Für Sie, den Kunden, dessen Vertrauen unser Kapital ist.

Mobil

MOBIL OIL A.G. IN DEUTSCHLAND · 2 HAMBURG 1 · STEINSTRASSE 5

Nicht allein für die Systementwicklung haben der RGW und die seit der Verabschiedung des „Komplexprogramms“ im Jahre 1971 propagierte Sozialistische Ökonomische Integration (SÖI) Bedeutung. Wichtiger noch ist die Tatsache der effektiven ökonomischen Verflechtung der DDR mit den RGW-Ländern. Mit ihnen wickelt die DDR rund 66 % (1973) ihres Außenhandels ab und allein 34,6 % mit der UdSSR. Zwar hat die quantitative Verflechtung zugunsten der kapitalistischen Länder abgenommen (vgl. Tabelle 3), doch behauptet die DDR-Führung neuerdings, daß nicht allein quantitative, sondern vor allem qualitative Prozesse bei den Intra-blockbeziehungen – gedacht ist hier offenbar an intensivere Formen der Zusammenarbeit – die wesentliche Rolle spielen. Tatsächlich nimmt die Arbeitsteilung der DDR mit den RGW-Ländern zunehmend differenziertere Formen an. Bis 1972 wurden 288 zwei- und mehrseitige Kooperationsabkommen mit RGW-Ländern geschlossen.

Tabelle 3
Länderstruktur des DDR-Außenhandels
(in %)

	1960	1970	1973
Sozialistische Länder	74,6	71,5	69,3
darunter:			
RGW-Länder	67,6	67,3	66,0
darunter: UdSSR	42,8	39,1	34,6
Kapitalistische Länder	21,2	24,4	27,4
darunter: Bundesrepublik Deutschland	10,3	10,2	9,2
Entwicklungsländer	4,3	4,0	3,3

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR 1974, S. 282, 283.

Gegenwärtig verdankt die DDR ihre starke ökonomische und auch ihre stärker werdende politische Position im RGW ihrem hohen wirtschaftlichen Entwicklungsstand. Immer noch ist sie der größte Investitionsgüterlieferant im RGW und hinter der Sowjetunion der zweitgrößte Intra-blockhandelspartner. Bislang befindet sich die DDR innerhalb der RGW-Länder mehr in der Geber- als in der Nehmerrolle. Das gilt sowohl für die Handelsbeziehungen, die mit den RGW-Ländern noch überwiegend komplementärer Natur sind, als z. B. auch für ihre Rolle als Kapitalgeber. Obwohl Kapital in der DDR-Wirtschaft selbst knapp ist, finanziert die DDR in mehreren Ländern des RGW Projekte, die vor allem die eigene Roh- und Grundstoffbasis sichern sollen. Darüber hinaus wird angenommen, daß die DDR auch eine blockinterne Entwicklungshilfe in Form von Krediten zum Aufbau der weniger entwickelten Volkswirtschaften leistet¹¹⁾. Nähere Angaben hierüber werden von der DDR-Seite jedoch nicht veröffentlicht. Auch ihr angesammeltes technisches Know-how sichert der DDR gegenüber den übrigen Mitglieds-

ländern – abgesehen vielleicht von der ebenfalls hochentwickelten ČSSR – gegenwärtig eine überlegene Position. Allerdings haben sich seit einigen Jahren die meisten anderen RGW-Länder stärker als die DDR mit Hilfe westlicher Investitionsgüterkäufe und Kredite beachtliche Produktionskapazitäten aufgebaut, mit denen sie in absehbarer Zeit in einigen Bereichen der DDR Konkurrenz machen könnten. Will also die DDR ihre führende ökonomische Rolle beibehalten, wird sie gezwungen sein, in verstärktem Maße technischen Fortschritt aus dem Westen zu importieren.

Zukünftige Entwicklung

Wenn auch die gegenwärtige Wirtschaftsentwicklung in der DDR befriedigend verläuft und wahrscheinlich die wichtigsten Kennziffern des Fünfjahrplans 1971 bis 1975 erfüllt werden, so dürfen besonders zwei Dinge nicht übersehen werden. Zum einen sind – heute wie vor 25 Jahren – Mängel in der Planung, Vorbereitung, Leitung und Durchführung einzel- und gesamtwirtschaftlicher Investitionsvorhaben festzustellen. Schwierigkeiten gibt es besonders im Bereich der Bauindustrie. Gerade die verzögerten und teilweise mangelhaft ausgeführten Investitionen in diesem Bereich – aber auch in anderen – waren kürzlich wieder Gegenstand der Kritik der Parteiführung¹²⁾. Verzögerungen führten immer wieder zu Produktions- und Versorgungsstörungen, beeinträchtigten die Effizienz der Investitionen und damit die langfristigen Wachstumsmöglichkeiten.

Zum anderen sind die Wachstumsresultate der letzten Jahre mit äußerst angespannten Ressourcen erzielt worden. Deshalb stellt sich die Frage, wie lange die Leistungsbereitschaft der DDR-Bevölkerung angesichts ständiger Planüberbietungs- und Neuererkampagnen noch anhalten wird, zumal es nicht allein gilt, mehr zu produzieren, sondern auch die ständigen – offenbar systembedingten – Verzögerungen und Fehlläufe im Wirtschaftsprozeß auszugleichen. Sicherlich könnten übermäßige Produktionsengpässe auch weiterhin durch Westimporte gemildert oder gar behoben werden, nur kann man die Westbezüge nicht ständig kreditfinanzieren, wie es gegenwärtig geschieht, sondern es müßten letztlich erhebliche Exportanstrengungen zum Ausgleich der defizitären Westhandelsbilanz unternommen werden. Ob das gelingt, hängt insbesondere davon ab, in welchem Maße die Exportkapazitäten der DDR durch die Lieferverpflichtungen in die RGW-Länder gebunden sind.

¹¹⁾ Werner Gumpel: Die DDR in der Weltwirtschaft, in: Die Mitarbeit, 21. Jg. (1972), H. 3, S. 249/250.

¹²⁾ Hermann Axen: Aus dem Bericht des Politbüros, in: Neues Deutschland vom 5. 7. 1974, S. 3.